Kreisparteitag der SPD Rendsburg Eckernförde am 17. November 2012 in Rendsburg

KWP 1: Soziales, Gesundheit, Gesellschaft

Antragsteller: Kreisvorstand

Für eine solidarische aktive Bürgergesellschaft

In unser älter werdenden Gesellschaft werden Gesundheit, Gesundheitsversorgung und persönliche Vorsorge eine völlig neue Bedeutung erhalten und immer wichtiger - sowohl für den Einzelnen als auch für unsere Solidargemeinschaft. Gleichzeitig brauchen auch junge Leute immer häufiger Unterstützung, z.B. in der Schule oder für einen guten Start ins Berufsleben. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Kreises wollen wir systematisch an einer solidarischen und Generationen übergreifenden Gestaltung unseres Gemeinwesens arbeiten.

Die SPD setzt sich deshalb für einen „Masterplan Demografie“ für unseren Kreis ein, der nach dem Vorbild anderer Kreise eine umfassende Bedarfsanalyse zu den zen-tralen Zukunftsthemen abbildet. Daraus wird ein an den Sozialräumen des Kreises orientierter Maßnahmenkatalog erarbeitet, der Lösungen für alle bedeutsamen Entwicklungen und die absehbaren Zukunftsprobleme aufzeigt.

Die SPD im Kreis Rendsburg-Eckernförde setzt verstärkt auf bürgernahe Vernetzung von Hilfesuchenden und Helfern - dezentral, in kleinen Netzen, also vor Ort.
Wir wollen Menschen motivieren, sich dort für alle Belange des Zusammenlebens zu engagieren. Die Bereitschaft der Älteren hierfür, ihre Lebenserfahrung und viele Kompetenzen sind eine Chance für die ganze Gesellschaft und damit für alle Generationen. Die Potentiale der Älteren selbst sind mit die wichtigste Antwort auf die Herausforderungen einer auch vor Ort älter werdenden Gemeinschaft. Die Erfahrungen der Älteren können z.B. im Bereich Bildung und Ausbildung Kindern und Jugendlichen und damit der nächsten Generation zugute kommen.

Wir werden Gemeinden auszeichnen, die mit guten und für andere vorbildhaften Beispielen bei der Stärkung des Zusammenhalts vorangehen - erst recht, wenn sie Jugendliche für ein Engagement motivieren und deren Einsatz fördern, z.B. für ältere Menschen.

Die Arbeit der Seniorenbeiräte werden wir weiter unterstützen. Wir wollen eine noch stärkere Beteiligung von Seniorinnen und Senioren an der Gestaltung des örtlichen Zusammenlebens für *alle* Generationen und bei der Erhaltung der Infrastruktur vor Ort, in Fragen der Mobilität und der Wohnbedingungen.

Wir setzen gerade im sozialen Bereich auf ein breites ehrenamtlichen Engagement und ein sich ergänzendes Zusammenwirken mit den professionellen Diensten, die insbesondere im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit sowie in der Pflege und für die Gesundheitsversorgung immer wichtiger werden.

Leistungsfähige Gesundheitsversorgung sicher stellen

Die stationäre und ambulante Versorgung unserer Bevölkerung in einem vorwiegend ländlich geprägten Kreis muss für den ganzen Kreis sichergestellt und auch von der Kreispolitik unterstützt werden. Lebenswichtige Bereiche regionaler und örtlicher

Infrastruktur dürfen nicht vorrangig an Rendite-Erwartungen ausgerichtet werden.
Die „Imland“-Klinik als „unser Kreiskrankenhaus“ soll ihre zentrale Aufgabe im Kreis Rendsburg-Eckernförde weiterhin in öffentlich dominierter Regie wahrnehmen.
Wir greifen den Wunsch der BürgerInnen auf: an den Standorten soll eine jeweils möglichst große Angebots- und Leistungsbreite bewahrt werden, z.B. in Kooperation mit niedergelassenen FachärztInnen, wo möglich.
Die Möglichkeit zur Weiterbildung von Allgemeinmedizinern an der Klinik soll helfen, den Nachwuchs für die ambulante ärztliche Versorgung zu sichern. Wir setzen und für eine Kreis weit gute und auch gut erreichbare Versorgung mit niedergelassenen Haus- und FachärztInnen ein und arbeiten dafür mit der zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung zusammen. Wir unterstützen pragmatische Modelle wie Zweitpraxen oder Ärzte entlastende Dienste.
Wir setzen uns für einen effizienten und schnellen Rettungsdienst ein und für eine gute Abstimmung mit dem ärztlichen Notdienst.

Altenhilfeplanung: Selbstbestimmung und Beratungsangebote stärken

Dem Kreis komme in der Altenhilfeplanung wichtige Funktionen zu: Beratungsauf-gaben, Unterstützung, Aufsicht und Steuerung. Unser Ziel ist es, dass Ältere auch bei Hilfebedarf selbstbestimmt zu hause leben können - in einer altersgerechten Um-gebung. Wir unterstützen den Pflegestützpunkt und soziale Verbände bei der ent-sprechenden Beratung zur Verbesserung des häuslichen Wohnumfelds. Pflegebedürftige Menschen und Angehörige benötigen Rat und Hilfe vor Ort. Das vom Land, von den Pflegekassen und vom Kreis gemeinsam finanzierte Angebot eines Pflegestützpunktes mit fünf dezentralen Nebenstellen muß bekannter werden und ist auszubauen.
Wir wollen alle Hilfs- und Beratungsangebote im Rahmen des „Masterplans Demo-grafie“ besser aufeinander und mit anderen Angeboten und Diensten abstimmen.

Wir sehen es als besondere Herausforderung an, eine hochwertige ambulante Pflege zu organisieren, die möglichst viele Menschen zu hause erreicht. Gerade hier ist mehr Zusammenwirken zwischen Pflegefachkräften und ehrenamtlicher Begleitung und Betreuung wichtig - vor Ort.
Angebote der Tagespflege sollen nach dem Willen der SPD ausgebaut werden, ebenso neue Wohnformen, z.B. auch für an Demenz erkrankten Menschen. Wir setzen uns für eine konsequent beratende „Heimaufsicht“ unter Mitwirkung der Heimbeiräte ein.

Alle Menschen einbeziehen

In unserer Gesellschaft können Menschen aus unterschiedlichen Gründen benachteiligt werden: Menschen mit Behinderungen, Menschen in besonderen Krisensituationen, Kinder und Jugendliche aus Familien, die Unterstützung beim Aufwachsen brauchen. Der Kreis ist verantwortlich für die Jugendhilfe und die Eingliederungshilfe. Er soll zusammen mit seinen Partnern, den gemeinnützigen Wohlfahrtsorganisationen, weiterhin ein breites Spektrum von Hilfen anbieten.

Dass es mehr und mehr ältere Menschen mit Behinderungen geben wird, kann nicht einseitige Spardiskussionen auslösen. Wir setzen uns weiterhin für eine landesweite vertragliche Absicherung der Eingliederungshilfe ein.

Zu den Hilfen in Kreisverantwortung zählen z.B.:

- Beratungsstellen für Suchtgefährdete, Suchtkranke und deren Angehörige
- Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen

- Offene Hilfsangebote (Begegnungsstätten) für psychisch belastete Menschen
- Wohn- und Arbeitsangebote für Menschen mit Behinderungen und Integrationshilfen in den ersten Arbeitsmarkt
- Erziehungsberatung und Schulbegleitungen für Kinder mit Entwicklungs-defiziten
- Einzelförderung z.B. in der Frühförderung für Kinder.

Auch hier gilt für uns: Betroffene sind einzubeziehen. Wir wollen vor allem mit Ihnen, nicht nur für sie planen. Wir haben uns für eine/einen „Kreisbeauftragte/n für Men-schen mit Behinderungen“ eingesetzt und werden diese Arbeit weiter unterstützen. Benachteiligung und Ausgrenzung begegnen wir, indem wir die Hilfeplanung aus-bauen, passgenaue Hilfen ermöglichen und die Teilhabe von allen Menschen mit Benachteiligungen auch an konkreten Zielen orientiert fördern. Die Vermittlung in reguläre Beschäftigung ist dafür eine Schlüsselmaßnahme.
Die Jugendhilfe hat die schwieriger gewordene Aufgabe, gefährdete Kinder recht-zeitig zu erreichen und ihre Familien eng zu begleiten. Die Gesellschaft ist aufmerk-samer geworden - auf diese Sorge ist die Jugendhilfe angewiesen. Wir werden die Personalausstattung prüfen und setzen auf Beratung der Familien und auf Prävention.

Armut nicht hinnehmen: Arbeit schaffen und Teilhabe fördern

Wir wollen, dass alle Kinder gleiche Bildungschancen haben, denn diese entscheiden maßgeblich über ihre Zukunft. Kinder und Jugendliche müssen ihre Potentiale auch dann entfalten können, wenn ihnen in der Familie nicht genügend Unterstützung und Förderung zuteil wird. Bildung ist der Schlüssel für eine gute Zukunft - auf eigenen Füßen und möglichst außerhalb der Hilfesysteme. Wir wollen daher z. B. Schulsozialarbeit verstärken und institutionell fördern.
Die bisherige „Strategie“ des sogenannten Forderns und Förderns im System „Hartz IV“ hat zu viele Menschen nicht erreicht. Das ebenfalls unzureichende „Bildungs- und Teilhabepaket“ wird in unserem Kreis nur zu einem Teil umgesetzt. Gelder werden nicht dort eingesetzt, wo sie zuerst gebraucht würden. Das wollen wir - mit den Möglichkeiten eines Landkreises - ändern.
Ziel *muss* sein: Alle Kinder aus sozial benachteiligten Familien sollen Zugang erhalten zur Lernförderung, zur Teilnahme an Klassen- und Studienfahrten und am Vereinsleben, an Kultur und Sport. Sie sollen wie alle Kinder gesund aufwachsen und jeden Tag eine warme Mahlzeit erhalten.
Das in gemeinsamer Verantwortung von Bund und Kreis geführte „Jobcenter“ soll die von Arbeitslosigkeit und oft auch von Armut Betroffenen stärker fördern, beraten und unterstützen. Dafür fordern wir vom Bund, eine bessere Personalausstattung zu gewährleisten.
Jeder erwachsene und erwerbsfähige Mensch hat ein Recht auf gute und auskömmliche Arbeit. Gute Arbeit bedeutet auch, dass die Menschen für ihre Arbeitsleistung anständig bezahlt werden. Die öffentliche Hand muss dafür Vorbild sein. Deshalb gelten für uns Tariftreue, also auch keine Auslagerung kommunaler Aufgaben in tariflich nicht geregelte Bereiche und die Ablehnung von Zeitarbeitsfirmen.
Wir setzen auf eine gute Kooperation mit den Unternehmen im Kreis, um möglichst vielen Menschen auf dem regulären Arbeitsmarkt eine Chance zu geben - mit einem ordentlichen Job oder einem Ausbildungsplatz. Wir setzen uns zugleich dafür ein, bundesfinanzierte Eingliederungsmaßnahmen wie Bürgerarbeit, gemeinnützige Beschäftigung usw. ohne zu viel Bürokratie vor Ort zu organisieren.

Auch unser Kreis wird bunter: Integration fördern

Wir werden nicht nur älter sondern auch bunter. Denn die zukünftige Gesellschaft ist nicht nur durch den demographischen Wandel geprägt, sondern auch durch ihre Vielfalt. Eine älter werdende und zudem noch zurückgehende Bevölkerung bedeutet, dass die Gesellschaft auf Zuwanderung angewiesen ist.
Bereits fast jedes vierte Kind in den Kitas (21,1%) unseres Kreises hat einen sogenannten Migrationshintergrund. Die mit Migration verbundene Vielfalt betrachten wir für den Kreis Rendsburg-Eckernförde als Stärke. Gerade diese Stärke wollen wir nutzen, damit die Potentiale *aller* Menschen in unserem Kreis zur Entfaltung kommen kann.
Den Nationalen Integrationsplan verstehen wir als Aufforderung, uns in allen Politikfeldern mit der Frage der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu beschäftigen und dieses als dauerhafte Aufgabe zu begreifen. Hierzu werden wir als Kreis ein regionales Integrationskonzept erarbeiten, gemeinsam mit Städten, Gemeinden und den Migranten-selbstorganisationen (MSO). Die Migrationssozialberatung wollen wir erhalten und eine Stelle für Querschnittsmanagement in der Kreisverwaltung errichten. Wir treten weiterhin für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen ein.

Die Gemeinschaft stark machen „gegen Rechts“

Wir treten dafür ein, dass rechtsextremistisches und diskriminierendes Gedankengut in unseren Gemeinden und im Kreis keine Chance bei den Menschen bekommt. Rechter Extremismus ist nicht selten erst dann ein Thema vor Ort, wenn sich Strukturen gebildet haben und Begleiterscheinungen unübersehbar geworden sind. Wir setzen uns für die Schaffung eines/einer ehrenamtlichen Beauftragten beim Kreis ein, der vor allem Gemeinden und Schulen unterstützt, solchen Entwicklungen schon im Vorfeld entgegenzutreten und sie im Umgang mit ggf. auftretenden Fällen berät.